

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1911. Nr. 350.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 204.

Druckpreis für Halle und Querfurt 2,50 M., für die Postbezugsstellen 3 M., für das Einzelheft 10 Pf. Die halbjährige Zeitung erscheint wöchentlich zweimal. — Gratis-Beilagen: Sächsischer Courrier (tägl. Beilagenheft), Ill. Unterhaltungsblatt (Sonntagsheft), Landw. Mitteilungen.

Zweite Ausgabe

Abgabegebühren für die sechsbezahlte Zeitungs- oder deren Raum für Halle und den Gauskreis 30 Pf., auswärts 35 Pf. Bestellen am Schluß des redaktionellen Teils bis zum 10. d. M., Anzeigenannahme bei der Expedition in Halle a. S. und bei allen bekannten Anzeigenexpeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61 u. 62.
Telephon 155 u. 158; Redaktions-Telephon 1272.
Verleger: Dr. Walter Gebendelen in Halle a. S.

Freitag, 28. Juli 1911.

Geschäftsstelle in Berlin: Brandenburgische Straße 30.
Telephon Amt VI Nr. 16290.
Druck und Verlag von Otto Zietze in Halle a. S.

Die Marokkofrage vor dem englischen Unterhause.

Am englischen Unterhause ging in der Sitzung am 27. Juli eine lange Reihe von Fragen über die äußere Politik der Debatte über das Budget des Ministeriums des Inneren voraus. Drei Fragen bezogen sich auf die Lage in Marokko, aber der Unterstaatssekretär Maximilian Wood sagte, da eine Erklärung über Marokko abgegeben werden würde, bitte er die Fragesteller, nicht auf eine Beantwortung zu dringen, bevor sie die Erklärung gehört hätten. — Wilson fragte, ob irgend welche Mitteilungen mit Bezug auf die Handlung des früheren Schahs in Persien zwischen der russischen und der britischen Regierung ausgetauscht worden seien, und ob diese Mitteilungen veröffentlicht werden würden. Maximilian Wood erwiderte, er müsse die erste Frage bejahen, die zweite aber verneinen. Beide Regierungen würden sich in die inneren Angelegenheiten Persiens nicht einmischen, da diese ihre berechtigten Interessen nicht berührten. Sodann eröffnete Asquith die Debatte über das Budget der auswärtigen Angelegenheiten mit einer kurzen Erklärung, die er unter tiefem Stillschweigen verlas. Er sagte:

Vor zwei Tagen habe ich erklärt, daß es heuere sein würde, wenn ich, anstatt auf eine Frage aus dem Hause zu antworten, die Gelegenheit dieser Debatte ergreife, um eine Erklärung über eine Frage abzugeben, die in sehr großem Maßstabe und allgemeiner öffentliche Aufmerksamkeit auf alle Fälle erregt, wenn sie sich nicht gänzlich abklärt. Ich meine die Frage, welche im Gebiet der internationalen Politik bezüglich Marokkos entstanden ist. Ich denke, es wird sowohl von allgemeinem Interesse wie dem Hause genehm sein, wenn ich die Erklärung sofort abgebe, bevor die Debatte begonnen hat. Augenblicklich ist diese marokkanische Frage auf einem Punkte angelangt, wo sie im wachsenden Maße Schwierigkeiten, Verwirrungen und Besorgnis hervorruft, wenn nicht eine Lösung gefunden wird. Im gegenwärtigen Augenblick ist es genau auf die Art und Weise die Vorgehen eingegangen, möchte in mehr als einem Kreise Verwirrung und Widerspruch herausfordern, was unter allen Umständen vermieden werden sollte. (Beifall.) Ich beachtete daher, einfach dem Hause darzulegen, welche heute die tatsächliche Lage ist. Zwischen Frankreich und Deutschland sind Versprechungen im Gange. Wir nehmen keinen Teil an diesen Versprechungen. Der Verhandlungsgegenstand mag die englischen Interessen nicht berühren. Solange wir nicht das Endresultat kennen, können wir über diesen Punkt keine abschließende Meinung ausdrücken. Aber es ist unser Wunsch, daß diese Unterredungen zu einer für beide Parteien ehrenvollen und befriedigenden Vereinbarung führen möchten, von der die britische Regierung aufrecht sagen kann, daß sie den britischen Interessen in keiner Weise präjudiziert. Wir glauben, daß dies vollständig möglich ist, und hegen den ersten und schließlichen Wunsch, daß es erreicht werden möge. Die Marokkofrage selbst starrt dem Schwirrigkeiten, aber außerhalb Marokkos, in anderen Teilen von Westafrika, denken wir nicht daran, eine Einmischung in territoriale Abmachungen zu versuchen, die von den näher Interessierten für zweckmäßig erachtet werden. Die Behauptung, daß wir uns in dieser Weise eingemischt und den Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland präjudiziert hätten, ist tatsächlich eine böswillige Erfindung ohne eine Spur von Begründung. Wir haben es von Anfang an für richtig gehalten, es klarzulegen, daß, wenn eine Vereinbarung der erwähnten Art nicht zustande käme, wir einen aktiven Anteil an der Erörterung der Lage nehmen müßten. Das wäre unser Recht als Signatarmächte des Algecirasvertrages, es könnte unsere Verpflichtung sein nach den Bestimmungen unseres Abkommens mit Frankreich aus dem Jahre 1904 und es könnte unsere Schuldigkeit sein zur Verteidigung der durch die weitere Entwicklung direkt berührten englischen Interessen. Es hat Zeiten gegeben, wo wir nicht sicher waren, wieviel das voll verstanden wurde. Ich frage mich, sagen zu können, daß wir jetzt vollständig darüber überzeugt sind. Die Erklärung, die ich vor mehr als drei Wochen hier abgegeben habe, und die kürzliche Rede des Schatzkanzlers haben es, wie ich hoffe und glaube, vollständig klargestellt, daß wir keine beherzende oder übertragende Stellung einnehmen, sondern nur die Stellung einer Partei, die an jeder möglichen Entwicklung und auch daran interessiert ist, daß eine Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten gefunden werde. Nach unserm Urteil würde es ein schwerer Fehler sein und gegen uns, einer solchen Situation ihren Lauf zu lassen, bis die Geltendmachung unseres Interesses an ihr infolge des vorausgegangenen Stillschweigens Verletzung und Schwächung hervorgerufen hätte in dem Augenblick, wo diese Geltendmachung zu einer gebieterischen Notwendigkeit geworden wäre. (Beifall.)

Dagegen haben wir uns, wie ich glaube, durch die bisherigen Erklärungen genügend gefehert. Asquith schloß: Ich wiederhole, daß wir einen erfolgreichen Ausgang der jetzt stattfindenden Verhandlungen ernstlich wünschen, und ich möchte im allgemeinen Interesse einen energischen Appell an das Haus richten, bei dem gegenwärtigen Anlaß nicht auf weitere Einzelheiten eingegangen oder eine grundsätzliche Kontroverse zu eröffnen. (Rauter, allgemeiner Beifall.)

Balfour, der unmittelbar nach dem Premierminister sprach, erklärte: Die vorzügliche und deutliche Erklärung von Asquith erfordert von mir nur wenig oder nichts an Kommentar und nicht das geringste an Kritik. Asquith hat mit voller Kenntnis der Schwierigkeiten und Verantwortlichkeiten, die mit der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten in einer Krise wie die jetzige verbunden sind, den Appell an das Haus gerichtet, keine erregenden Momente in die Debatte hineinzutragen und keine unnötigen Kontroversen zu veranlassen. Soweit ich und meine Freunde betroffen sind, werden die Ansichten des Premierministers im Geiste wie dem Buchstaben nach befolgt werden. Mitglieder beider Parteien des Hauses haben oft gesagt, daß wir unsere Parteibedenken, so heftig sie auch sein mögen, niemals einen Einfluß gestalten da, wo die Interessen des ganzen Landes auf dem Spiele stehen. Ich glaube, es hat niemals einen Augenblick gegeben, wo diese Doktrin schwieriger auszuführen war, als jetzt, wo die Parteifreistellen über innere Fragen hitziger und härter sind, als sie nach der Erinnerung aller Mitglieder des Hauses je gemeint sind. Was die Opposition angeht, ist diese Doktrin nicht nur in der Zeit aufgestellt worden, wo die Temperatur der Parteifreistellen eine niedrige und der politische Horizont im Ausland klar gewesen ist. Sie war aufrechtig gemeint und würde getreulich durchgeführt werden. Wenn es irgend welche Beobachter oder Kritiker außerhalb des Hauses gibt, die auf unsere Freistellen gerechnet haben und darauf, daß wir von unseren bitteren heimischen Zweifeln gänzlich in Anspruch genommen sind, und darauf gehofft haben, daß dadurch eine Politik erleichtert wird, gegen die Großbritanniens unter anderen Umständen vielleicht einwand stehen möchte, wenn es irgend welche Leute gibt, die annehmen, daß wir von der Seite Europas getrieben sind, weil wir unsere eigenen Schwierigkeiten zu Hause haben, so sei es diesen Leuten gesagt, daß sie das Empfinden des britischen Volkes und den Patriotismus der Opposition völlig vermissen, ob nun diese Opposition eine liberale oder eine konservative ist. (Rauter Beifall.)

Ramsay MacDonald sagte als Vertreter der Arbeiterpartei: Der Geist der Erklärung Asquiths werde niemand im Hause entgegen. Man kenne die Anschauungen der Arbeiterpartei und ihre Verbindung mit den Arbeiterorganisationen der anderen europäischen Länder, und man wisse, daß diese Organisationen mit vereinten Kräften bis zum letzten Augenblick für den Frieden wirken würden. Die Arbeiter müßten, daß die Lage ernst sei und daß sie die internationale Politik nicht in ihrer Gewalt hätten, aber es dürfte für die Regierungen aller Länder nützlich sein, zu wissen, daß es starke Organisationen gebe, die bei gutem und schlechtem Wetter für den Frieden einstünden. Zu seinem Schmerz müsse er erklären, daß er die Neuerung Lloyd Georges im Parliaments Hause aus lebhaftem Bedauern. (Rauter Widerspruch von Seiten der Liberalen und der Unionisten.) Wenn diese Erklärung habe gegeben werden müssen, so hätte dies auf dem üblichen privaten Wege geschehen können, denn so habe sie die Grundlage gebildet für eine Kampagne, die jeder bedauern müßte. MacDonald schloß: Ich hoffe schließlich, daß die jetzt stattfindenden Verhandlungen friedlich ausgehen werden. (Allgemeiner Beifall.) Ich hoffe schließlich, daß keine europäische Nation aus nur für einen einzigen Augenblick annehmen wird, daß die Teilung des Landes in Parteien den nationalen Geist oder die nationale Einheit schwächen wird. Aber das bedeutet nicht, daß es nicht Gruppen bei uns geben wird, die unaufhörlich Tag und Nacht danach streben werden, es für zwei zivilisierte Länder unmöglich oder schwerer zu machen, daß sie eine Einigung durch das Schwert suchen, um eine Schwärzzeit herbeizuführen, die mit großer Heftigkeit durch das Tribunal im Haag beilegt werden könnte.

Maximilian Wood sagte nach Erwidrerung auf mehrere Anfragen: Die russische Regierung hat den früheren Sachverhalt im vorigen wie in diesem Jahre wiederholt davor gewarnt, zu intrigieren. Der König von Montenegro hat am 20. d. Mts. den Vertretern Großbritanniens, Frankreichs, Russlands, Österreich-Ungarns und Italiens in Cetinje gewisse Vorhänge bezüglich der Lage in Albanien gemacht, aber ich kann über diese Vorhänge keine feinerlei Erklärung abgeben, da sie noch von den beteiligten Mächten in Erörterung gezogen werden.

Ein genossenschaftlicher Streitfall.

Man schreibt der „Konserativen Korrespondenz“: Zu der amtlichen „Berl. Korresp.“ sind in der letzten Woche mehrfach Mitteilungen von beiderseitiger Seite erschienen, aus denen sich ergab, daß ein vielfeicht folgenreicher Streit im Umkreise des deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens ausgebrochen ist. Die preussische Zentralgenossenschaftskasse hat ihre bisherigen gegenseitlichen Beziehungen zur landwirtschaftlichen Zentraldarlehenskasse, Aktiengesellschaft in Berlin, seit dem 1. März d. J. gelöst, nachdem letztere unter dem 3. Februar eine Interessengemeinschaft mit der Reichsgenossenschaftsbank, Aktiengesellschaft in Darmstadt, eingegangen ist, und zwar mit dem Endzweck „der

Schaffung eines einheitlichen Zentral-Geld- und Kreditinstituts zur Förderung der Organisation des landwirtschaftlichen genossenschaftlichen Geld- und Kreditwesens“. Die im Publikum allgemein „Preußenkasse“ genannte staatliche Zentralgenossenschaftskasse hat sich veranlaßt gesehen, ihr Vorgehen vor der Öffentlichkeit zu rechtfertigen, die landwirtschaftliche Zentraldarlehenskasse andererseits hat Gelegenheit genommen, die an ihrem ganzen Verhalten geübte abfällige Kritik in der kürzlich in Hannover abgehaltenen Hauptversammlung der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften mit scharfen Ausfällen auf den geneigten Standpunkt abzuweisen.

Von beiden Seiten ist mithin der an sich höchst bedauerliche genossenschaftliche Streitfall vor das Forum der Öffentlichkeit gebracht worden, wohl von dem unferes Erachtens zutreffenden Standpunkt aus, daß weitest streite im Hinblick auf die mögliche Tragweite des Konflikts rechtzeitig über seine Entstehungsursachen aufgeklärt werden müßten. Nur verstehen die bisherigen Rundgebungen insofern ihren Zweck, als aus ihnen der ganze Sachverhalt nicht so deutlich hervorgeht, wie es für einen zum Urteilen aufgerufenen unbeteiligten Laien erforderlich wäre. Es dürfte daher angebracht sein, die Hauptmomente des Saders kurz herzugeben.

Die 1895 zur Förderung des Genossenschaftswesens errichtete Preussische Zentralgenossenschaftskasse sieht sich in ihren geschäftlichen Maßnahmen seit Jahren behindert durch die Art und Weise, wie die beiden maßgebenden Zentralstellen der landwirtschaftlichen Genossenschaften — die Landwirtschaftliche Reichsgenossenschaftsbank in Darmstadt und die Landwirtschaftliche Zentraldarlehenskasse in Berlin, früher in Neumünster — sich in die finanziellen Transaktionen der Preußenkasse mit den Genossenschaftsverbänden einzumischen suchen. Die Leiter der Preußenkasse sind der Meinung, daß es im Gewirre der kaufmännischen genossenschaftlichen Organisationen nur in einem Mittelpunkt geben dürfe, in welchem alle Fäden des Geld- und Kreditverkehrs der landwirtschaftlichen Kreditverbände auf genossenschaftlicher Grundlage am letzten Ende aneinander zu knüpfen wären, und daß aus volkswirtschaftlichen, banktechnischen und organisatorischen Erwägungen diese Aufgabe der obersten finanziellen Konzentration einzig der Preußenkasse zufallen könnte, wie das ja auch den Absichten ihrer Gründer entsprechen würde. Doch ist für diese Stellungnahme keineswegs die leibige Frage der Konkurrenz ausschlaggebend, wichtiger erscheinen der preussischen Staatsbank die Sorgen für die ungefähre Fortbildung des Genossenschaftswesens, falls gewissen Symptomen eines solchen Wachstums nicht rechtzeitig entgegengetreten wird.

Im Prinzip pflichten die jetzt durch eine Interessengemeinschaft verbundenen beiden großen Zentralstellen in Berlin und Darmstadt den Auffassungen der Preußenkasse beifällig bei, sie können und wollen auf den starken finanziellen Rückhalt an der mit Kapitalreizen ausgenommenen ausgeschalteten preussischen Staatskasse aus keineswegs verzichten, sie möchten aber zugleich ihre uneingeschränkte finanzielle Selbständigkeit aufrechterhalten und ihre Organisationsformen, welche noch aus der Zeit ihres gemeinsamen Stammvaters, des seligen Kaiserlichen auf sie übernommen sind, nicht umgeben. Sietras ergaben sich die Überlegenheitsverhältnisse, die schließlich zum offenen Bruch geführt haben. Dabei sei bemerkt, daß die Preußenkasse in diesem Konflikt hauptsächlich der Landwirtschaftlichen Zentraldarlehenskasse gegenübersteht, da die Darmstädter Zentrale gemäß einer früheren Vereinbarung im wesentlichen den Geschäftsbetrieb mit den Genossenschaften außerhalb Preußens pflegt, während die Preußenkasse naturgemäß ihre Tätigkeit auf die Monarchie beschränkt.

Der letzten Anstoß zum Auseinandergehen der Preußenkasse und der Zentraldarlehenskasse hat die sog. Ausschließlichkeitsklärung gegeben. Die Preußenkasse ist nach den vorliegenden amtlichen Verbindungen erbtig, „jeden Geld- und Kreditverkehr“ mit der landwirtschaftlichen Zentraldarlehenskasse aus fernem fortzusetzen, will aber die Höhe des dieser einzuräumenden Kreditlimits sowie die Gewährung von Vorzugsbedingungen, wie sie andere Zentralverbände genießen, davon abhängig machen, daß die vertraglich gebundene Partnerin das Vortrecht der Preußenkasse anerkennt, das Kreditbüreau der Zentraldarlehenskasse angegliederten Verbandsstellen aus schließlich zu betriebligen. Gegen diese Ausschließlichkeit des finanziellen Stützpunktes einzig und allein an in der Preußenkasse ist aber gerade die oben erwähnte Interessengemeinschaft mit der Darmstädter Reichsgenossenschaftsbank gerichtet.

Das Verlangen der Preußenkasse ist nach kaufmännischen Begriffs nicht anzuführen. Die Eigenart ihrer Kreditverteilung nach den Aufkommen, also nach der persönlichen Kreditfähigkeit ist mit der Finanzpraxismaße des deutschen genossenschaftlichen Verlonalredits seitens einer zweiten Zentralstelle unvereinbar. Dies muß es lauten: entweder —

